

Berlin, 12.01.2020

Pressemitteilungen zum Erhalt der Bildungsqualität in den Berliner Abschlussklassen

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie entschied am 08.01.2021 dass die Präsenzplicht an den Berliner Schulen bis zum 22. Januar 2021 ausgesetzt wird. Dies hat zur Folge, dass ein Unterricht, der den ganzen Lehrplan abdecken soll, zeitlich schwer umsetzbar wird.

Wir haben kein Verständnis dafür, dass die SenBJF die **Schüler*innen** von der Teilnahme an einer so wichtigen **Entscheidung ausschließt**. Dadurch wird eine der entscheidenden Perspektiven zur Beurteilung der Lage ignoriert. Das sollte, gerade in einer Institution, die die Erziehung zu mündigen Bürger*innen als Ziel hat, ein absolutes Tabu sein. Deshalb fordern wir, als Landesschülerausschuss Berlin, dass die Schüler*innen in alle Entscheidungen, die das SalzH betreffen, mit einbezogen werden.

An solch einer gravierenden Entscheidung, Schüler*Innen und Lehrer*Innen nicht zu beteiligen, ist absolut rücksichtslos, da es hierbei um die wichtigsten Bildungsabschlüsse geht, die die Schüler*innen vorerst erlangen werden.

Zu dieser **Schulgemeinschaft** gehört auch die Lehrer*innenschaft und diese sollte die Möglichkeit bekommen, die Schüler*innen der Abschlussjahrgängen auf ihre Prüfungen bestmöglich vorzubereiten, ohne ihre Gesundheit zu riskieren. Daher muss auch Lehrer*innen die Möglichkeit gegeben werden, an solch **folgensweren Entscheidungen** mitwirken zu dürfen.

Solch eine Entscheidung nur Schulleitung und Eltern treffen zu lassen, entbehrt nicht nur jeglicher Rationalität; es ist auch ein **Tabubruch**, der die Schulgemeinschaft nachhaltig schädigen kann. Daher fordern wir, dass in Zukunft alle der Schule angehörigen Parteien, an solch wichtigen Entscheidungen beteiligt sind.

